

## **Protokoll Nr. 17 (2023-2027)**

### **der öffentlichen Sitzung des Fachausschusses „Verkehr und Sicherheit im Stadtteil“ des Beirats Schwachhausen am 12.11.2025 im Ortsamt Schwachhausen/ Vahr als Hybrid-Sitzung**

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:03 Uhr

Anwesend waren:

- |                                            |                                                                                                                                          |
|--------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| a) vom Fachausschuss                       | Jens Görtz<br>Jörg Findeisen<br>Yvonne Funke<br>Jörg Henschen<br>Wolfgang Horstmann<br>Klaus-Peter Land (online)<br>Dr. Wolfgang Schober |
| b) als beratendes<br>Fachausschussmitglied | Jan Hannemann                                                                                                                            |
| c) vom Ortsamt                             | Sarai Auras<br>Ralf Möller                                                                                                               |
| d) Gäste                                   | zu TOP 1 bis 4: Bürgerantragstellende                                                                                                    |

Eingangs stellt Herr Möller die Beschlussfähigkeit fest.

Das Protokoll Nr. 16 der Sitzung am 10.09.2025 wird genehmigt.

Die vorliegende Tagesordnung wird um den neuen TOP 10 „Versetzen von 2 Verkehrszeichen in der Kulenkampffallee/ Biermannstraße (Stadtteilbudget)“ erweitert. Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung genehmigt.

#### **Tagesordnung**

1. Bürgerantrag gegen das aufgesetzte Parken in der H.-H.-Meier-Allee (Hausnummern 51-57)
2. Überarbeiteter Bürgerantrag: Wegweiser Radverkehr „An der Gete“
3. Bürgerantrag zur Erweiterung der Umweltzone im Gete-Viertel
4. Bürgerantrag für einseitiges Parken/ eingeschränktes Halteverbot in der Elsasser Straße
5. Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke: Asphaltstreifen Elsasser Straße
6. Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke: Radwegesanieierung Schwachhauser Ring
7. Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Ertüchtigung von Abschnitten der Schubertstraße und Carl-Schurz-Straße für den Fahrradverkehr
8. Fahrradbügel Hohenlohestraße (Stadtteilbudget)
9. Tempo-30-Piktogramm Dijonstraße (Stadtteilbudget)
10. Versetzen von 2 Verkehrszeichen in der Kulenkampffallee/ Biermannstraße (Stadtteilbudget)
11. Verschiedenes

#### **TOP 1: Bürgerantrag gegen das aufgesetzte Parken in der H.-H.-Meier-Allee (Hausnummern 51-57)**

Hans Crauel stellt seinen Bürgerantrag vor:<sup>1</sup> Er beantragt, das aufgesetzte Parken auf dem Grünstreifen/ Radweg zwischen den Hausnummern 51 und 57 der H.-H.-Meier-Allee durch geeignete Maßnahmen zu unterbinden, z.B. durch Findlinge. Der dort teilweise verengte „Fahrradstreifen“ auf der Fahrbahn sei dort so schmal, dass er vollständig im Türöffnungsbereich dort geparkter Fahrzeuge liege und eine Gefährdung für den Radverkehr darstelle. Das Parken mittels Verkehrszeichen 315 „aufgesetztes Parken“ sei daher bewusst in diesem Bereich nicht angeordnet; die Fahrzeuge parkten somit unzulässigerweise in diesem Abschnitt.

Herr Findeisen merkt an, dass es diese Problematik an viele Örtlichkeiten gebe und sich alle Verkehrsteilnehmenden vorausschauend verhalten müssten. Im Zusammenhang mit dem Bremer Radpremiumroutennetz sei künftig möglicherweise eine Änderung der Radverkehrsführung vorgesehen; zudem sei von Seiten des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV) das Thema „aufgesetztes Parken“ in Arbeit, sodass momentan kein Handlungsbedarf bestehe.

Da sich nicht an das Halteverbot gehalten werde, sehen Herr Henschen, Herr Land und Herr Horstmann hier Nachbesserungsbedarf und befürworten den Bürgerantrag.

Herr Dr. Schober findet, dass das Ordnungsamt die widerrechtlich parkenden Fahrzeughalter\*innen verwarnen solle.

Der Leiter des Polizeireviers Schwachhausen erwidert auf Nachfrage, dass der Polizei an der betreffenden Örtlichkeit keine sich jüngst ereigneten Unfälle bekannt seien.

Frau Funke regt an, an dieser eingeeengten Fahrbahnstelle das Verbot des Überholens von einspurigen Fahrzeugen mittels Verkehrszeichen 277.1 anzuordnen und den dortigen Schutzstreifen für den Radverkehr aufzulösen, wie dies u.a. auf der gegenüberliegenden Seite vor der Post der Fall sei. Herr Land erwidert, dass faktisch bereits in der gesamten Straße ein Überholverbot bestehe, weil der erforderliche Abstand von 1,50 Metern bei dem Überholvorgang nicht eingehalten werden könne. Daher halte er die von Frau Funke vorgeschlagene Maßnahme für nicht sinnvoll, zumal das Parken dort rechtswidrig sei.

Herr Möller lässt über den Bürgerantrag abstimmen: Dieser wird mit vier Befürwortungen (2 Grüne, 2 SPD), einer Enthaltung (Linke) und zwei Gegenstimmen (CDU) zwar mehrheitlich befürwortet, gilt jedoch nicht als Beiratsbeschluss, da nicht die in der [Geschäftsordnung](#) des Beirats Schwachhausen erforderliche Dreiviertel-Mehrheit erzielt wurde.

## **TOP 2: Überarbeiteter Bürgerantrag: Wegweiser Radverkehr „An der Gete“**

Herr Möller führt eingangs aus, dass dieser Antrag in der vergangenen Verkehrsausschusssitzung behandelt und zwischenzeitlich vom Antragsteller wie folgt modifiziert worden sei:<sup>2</sup>

„Ich möchte deshalb unseren Vorschlag abändern. Dort sollte stehen: Universität 4,1 km, darunter Horn-Lehe 2,7 km. Damit wären die Angaben systematisch. Da der Fahrradstadtplan geradeaus auch eine Hauptroute zeigt, sollte der zweite Wegweiser wie vorgeschlagen bleiben.“

Das Gremium hatte in seiner Sitzung festgelegt, vor einer Beschlussfassung bei der zuständigen Behörde anzufragen, welche Beschilderung hier sinnvoll sei und sich in das Konzept füge.

Von Seiten des ASV sei dazu gestern folgende Stellungnahme vorgelegt worden, womit dem Wunsch des Gremiums und Antragstellers entsprochen werde:

„Das zuständige Verkehrsplanungsbüro hat die gewünschte Änderung in der Wegweisung in die Planungen aufgenommen.“

Das Anliegen ist Teil der Wartungsrunde, die das gesamte Stadtgebiet Bremen einschließlich Bremen-Nord umfasst, die Anregung wurde jedoch zum passenden Zeitpunkt eingereicht.

---

<sup>1</sup> Der Bürgerantrag ist dem Protokoll als **Anlage 1** angefügt.

<sup>2</sup> Siehe [Protokoll Nr. 16](#) (TOP 5).

Seitens des Verkehrsplanungsbüros wurde mitgeteilt, dass die Umsetzung noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Die Montage der neuen Schilder wird somit vermutlich erst Anfang nächsten Jahres erfolgen.“

### **TOP 3: Bürgerantrag zur Erweiterung der Umweltzone im Gete-Viertel**

Jan Hoge Kamp stellt seinen Bürgerantrag zur Erweiterung der Umweltzone im Gete-Viertel vor: Vor allem seitdem im „Bremer Viertel“ die Pflicht einer „Grünen Plakette“ für Fahrzeuge eingeführt worden sei, würden viele Wohnmobile und Handwerker-Fahrzeuge ohne diese erforderliche Plakette für längere Zeit in der Elsasser Straße bzw. im Gete-Viertel geparkt. Daher sei die Ausweitung der Umweltzone erwünscht.

Ralf Möller teilt mit, dass aus dem Hause der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft (SUKW) eine ablehnende Stellungnahme vorliege.<sup>3</sup>

Von Seiten des Gremiums wird darauf hingewiesen, dass perspektivisch im Ortsteil Gete Bewohnerparken eingeführt werde und dadurch möglicherweise eine Verbesserung erzielt werde. Die erste Priorität des Beirats für die Einführung eines Bewohnerparkgebiets liege jedoch im Quartier rund um das Krankenhaus St. Joseph-Stift.

Aufgrund der vorliegenden Stellungnahme der SUKW zieht der Antragsteller seinen Bürgerantrag zurück.

### **TOP 4: Bürgerantrag für einseitiges Parken/ eingeschränktes Halteverbot in der Elsasser Straße**

Jan Hoge Kamp stellt seinen Bürgerantrag zur Einführung eines Halteverbots in der Elsasser Straße vor: Durch das beidseitige Parken komme es sehr häufig zu brenzigen Situationen. Zudem handle es sich um einen stark frequentierten Schulweg. Mittlerweile werde zwischen der Hausnummer 73 und der Gehwegnase vor der Saarbrückener Straße zunehmend beidseitig am Fahrbahnrand bzw. leicht aufgesetzt auf dem Bordstein/ im Grünstreifen geparkt – insbesondere zwischen den Hausnummern 73 und 85. Gerade gestern sei er von der Polizei kontaktiert worden, da ein Transporter gegenüber von seinem Fahrzeug geparkt worden sei, sodass die Restfahrbahnbreite zu schmal gewesen sei, um die Straße zu passieren. Solche Fälle träten mittlerweile häufiger ein und es könne nicht nachgewiesen werden, welches Fahrzeug zuerst am Fahrbahnrand geparkt worden sei. Er beantrage daher ein Halteverbot zwischen Colmarer Straße und Saarbrückener Straße (in Fahrtrichtung An der Gete).

Herr Möller weist auf eine Stellungnahme des ASV dazu hin.<sup>4</sup> In dieser werde angeboten, das bereits einseitig bestehende eingeschränkte Halteverbot zwischen Colmarer Straße und Graf-Moltke-Straße in ein absolutes Halteverbot umzuwandeln und bis zur Hausnummer 70 auszuweiten, da es sich um einen gut frequentierten Schulweg handle und somit die Sichtbarkeit von Schulkindern erhöht werden könne.

Angesichts der Stellungnahme des ASV befürwortet Herr Hoge Kamp ein absolutes – anstelle eines eingeschränkten – Halteverbots. Weiter regt er an, dieses doch besser bis zu dem Kreuzungsbereich An der Gete auszuweiten.

Frau Funke und Herr Findeisen befürchten, dass auch bei einem absoluten Halteverbot Lieferfahrzeuge halten würden.

Herr Henschen spricht sich dafür aus, das Halteverbot nur bis zur Gehwegnase vor der Saarbrückener Straße einzuführen, da das ab dort praktizierte, alternierende Parken zu geringeren Geschwindigkeiten des motorisierten Verkehrs führe.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dass das ASV ein absolutes Halteverbot mittels Verkehrszeichen 283 in der Elsasser Straße zwischen Colmarer Straße und Saarbrückener Straße (in Fahrtrichtung An der Gete) anordnen möge.

---

<sup>3</sup> Der Bürgerantrag, mit der Stellungnahme der SUKW, ist dem Protokoll als **Anlage 2** angefügt.

<sup>4</sup> Der ausführliche Bürgerantrag, mit der Stellungnahme des ASV, ist dem Protokoll als **Anlage 3** angefügt.

## **TOP 5: Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke: Asphaltstreifen Elsasser Straße**

Herr Henschen stellt einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vor:<sup>5</sup> Demnach solle das ASV um eine Kostenschätzung für eine etwa 2,50 Meter breite und ca. 10 cm tiefe Asphaltdecke auf der Elsasser Straße zwischen der Colmarer Straße und der Straßburger Straße gebeten werden.

Herr Findeisen und Frau Funke verweisen auf die vom Beirat festgelegten Prioritäten von Maßnahmen, die aus dem Stadtteilbudget finanziert werden sollen und merken an, dass diese Maßnahme in der Liste nicht an oberster Stelle gestanden habe. Zudem sei der Fahrbahnzustand in diesem Abschnitt verhältnismäßig gut. Aus Fairness-Gründen solle sich noch einmal mit der Gesamtliste befasst werden.

Ein Bürger schlägt vor, alternativ mittig auf der Fahrbahn einen nur 70 cm breiten Streifen für den Radverkehr mittels eines glatten Kopfsteinpflasters oder einer Asphaltdecke herstellen zu lassen, wie in der Schaumburger Straße oder neu in der Kolhöckerstraße. Da in stadteinwärtiger Richtung ein Radweg vorhanden sei, wäre dies eine Möglichkeit.

Eine Vertretung des ADFC und die Gremienmitglieder lehnen diesen Vorschlag aus verschiedenen Gründen ab.

Herr Möller regt an, die vorgegebene Tiefe von 10 cm aus dem Antrag zu streichen. Die Antragstellenden stimmen dem zu.

Er lässt sodann über den Antrag mit dieser Änderung abstimmen: Mit fünf Zustimmungen und zwei Gegenstimmen wird kein Beiratsbeschluss erzielt.

## **TOP 6: Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke: Radwegesanierung Schwachhauser Ring**

Herr Henschen stellt einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vor:<sup>6</sup> Es handele sich um einen viel genutzten Radweg und eine wichtige Verbindungsstrecke. Daher wird der Antrag auf eine Radwegesanierung gestellt bzw. eine Kostenschätzung im Rahmen des Stadtteilbudgets, sofern eine Finanzierung aus dem Radwegeprogramm 2026 des ASV nicht möglich sei.

Herr Findeisen spricht sich aus Kostengründen gegen eine komplette Radwegesanierung aus. Eine Reparatur im Bereich der Baumwurzeln (insbesondere an zwei Stellen) halte er für erforderlich – diese sei aber Aufgabe des ASV.

Herr Möller weist darauf hin, dass künftig eine Änderung der Radverkehrsführung im Schwachhauser Ring im Zusammenhang mit dem Bremer Radpremiumroutennetz zu erwarten sei, da der Radweg hinsichtlich seiner Breite nicht oder nur knapp die Anforderungen erfülle. Daher schlägt er vor, bei der zuständigen Behörde anzufragen, wie der diesbezügliche Planungsstand sei.

Nach Diskussion einigt sich das Gremium schließlich einstimmig darauf, diesem Vorschlag nachzukommen und nach Eingang der Antwort und sofern innerhalb der nächsten zwei Jahre keine Maßnahmen zu erwarten seien, das ASV zum einen aufzufordern, Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um Gefahrenstellen auf dem Radweg des Schwachhauser Rings schnellstmöglich zu beseitigen und die Verkehrssicherheit herzustellen und zum anderen das ASV um einen Sanierungsvorschlag samt Kostenschätzung zu bitten, der das Wurzelwerk weitgehend erhält und dennoch einen langjährigen Erhalt des Radweges sicherstellt.

## **TOP 7: Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Ertüchtigung von Abschnitten der Schubertstraße und Carl-Schurz-Straße für den Fahrradverkehr**

Herr Henschen stellt einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor, der besagt, das ASV um eine Kostenschätzung für die bei der Begehung am 22.08.2025 in

---

<sup>5</sup> Der Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 4** angefügt.

<sup>6</sup> Der Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 5** angefügt.

der Schubertstraße und in der Carl-Schurz-Straße besprochenen Maßnahmen zur Ertüchtigung der Straßen für den Fahrradverkehr zu bitten.<sup>7</sup>

Herr Findeisen merkt an, dass ein solcher Beschluss nicht erforderlich sei, da das ASV bereits um Kostenschätzung gebeten worden sei.

Herr Dr. Schober weist darauf hin, dass in der Schubertstraße zwei funktionierende Fahrradwege vorhanden seien und die Radwege daher nicht zum Parken für Kfz freigegeben werden sollten, wie in der Begründung des Antrags angegeben sei. Viele Senior\*innen plädierten dafür, dass Radwege erhalten blieben und diese würden aktuell nicht beparkt. Bei einer Entwidmung der Radwege stimme er dem Antrag daher nicht zu.

Herr Henschen merkt an, dass es sich um ein subjektives Sicherheitsgefühl handele – der schmale Radweg, der viel zu dicht an den parkenden Autos vorbeiführe, sei wesentlich gefährlicher für den Radverkehr.

Ralf Möller berichtet, dass das ASV wiederholt um Vorlage der bei dem Ortstermin am 22.08.2025 zugesagten Kostenkalkulationen gebeten worden sei. Vorgelegt worden sei jedoch lediglich eine Kostenkalkulation für eine Komplettsanierung der Carl-Schurz-Straße zwischen Wachmannstraße und Georg-Gröning-Straße. Da die Teilnehmenden an Ortsterminen sich in der Regel nicht bzw. nicht in Gänze mit den Gremienmitgliedern deckten, sollten Beschlüsse (auch für Kostenschätzungen) offiziell gefasst werden.

Auf Vorschlag von Frau Funke einigt sich der Ausschuss einstimmig auf folgenden Beschluss, ohne das Anfügen einer Begründung:

„Der Verkehrsausschuss bittet das ASV um eine Kostenkalkulation für die bei der Begehung am 22.08.2025 in der Schubertstraße und in der Carl-Schurz-Straße besprochenen Maßnahmen zur Ertüchtigung der Straßen für den Fahrradverkehr (Anbringung eines ca. 2,50 Meter breiten Asphaltstreifens in der Fahrbahnmitte in der Schubertstraße und Carl-Schurz-Straße jeweils zwischen Georg-Gröning-Straße und Wachmannstraße).“

Herr Findeisen weist darauf hin, dass der Text dem Protokoll der Fachausschusssitzung „Verkehr und Sicherheit im Stadtteil“ am 10.09.2025 zu entnehmen sei, da in dieser Sitzung über den Ortstermin und Absprachen mit dem ASV berichtet worden sei.<sup>8</sup>

## **TOP 8: Fahrradbügel Hohenlohestraße (Stadtteilbudget)**

Herr Möller führt aus, dass Kostenkalkulationen für die Anbringung von Fahrradbügeln sowie für Baumschutzmaßnahmen in der Hohenlohestraße vorlägen.<sup>9</sup>

Für die Anbringung von Fahrradbügeln wäre eine Versiegelung an der gewünschten Örtlichkeit erforderlich. Zusätzlich bzw. alternativ sei die Anbringung von drei Fahrradbügeln auf der gegenüberliegenden Seite möglich. Hierfür würden Kosten in Höhe von etwa 1.100 € anfallen.

Herr Möller lässt über die Finanzierung dieser Maßnahmen mit Mitteln aus dem Stadtteilbudget abstimmen:

Eine Befestigung der Fläche an der Einmündung zur Slevogtstraße in Höhe von ca. 4.000 € für die Anbringung von Fahrradbügeln lehnt das Gremium einstimmig ab.

Der Fachausschuss beschließt einstimmig, aus seinem Stadtteilbudget, ca. 1.100 € für die Anbringung von drei Fahrradbügeln vor dem „Tanzportal“ zur Verfügung zu stellen. Vorab bittet das Gremium das ASV um Information, wo genau diese Bügel angebracht werden würden.<sup>10</sup>

---

<sup>7</sup> Der Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 6** angefügt.

<sup>8</sup> Siehe [Protokoll Nr. 16](#) (TOP 1 b).

<sup>9</sup> Den Kalkulationen liegt ein Beschluss zugrunde, siehe [Protokoll Nr. 16](#) mit der Anlage [Bürgerinnenantrag Fahrradbügel in der Hohenlohestraße](#). Die Kostenkalkulationen sind dem Protokoll als **Anlage 7** angefügt.

<sup>10</sup> Nachrichtlich: Das ASV hat per E-Mail am 14.11.2025 mitgeteilt, dass die drei Fahrradbügel im Bereich der dortigen Stromverteilerkästen angebracht werden würden.

Weiter berichtet Ralf Möller, dass für die gewünschten Baumschutzmaßnahmen in Form von Stahlpollern etwa 1.880 € anfallen würden.

Herr Henschen weist auf die Dringlichkeit weiterer Fahrradbügel in diesem Bereich hin. Die CDU-Fraktion spricht sich hingegen für Findlinge aus und lehnt Poller und Baumschutzbügel ab.

Als Kompromissvorschlag regt Herr Möller die Anbringung von Baumschutzbügeln an, die auch für Räder genutzt werden könnten und um eine komplette Versiegelung zu vermeiden. Er gehe davon aus, dass die Kosten etwa in der gleichen Größenordnung liegen dürften.

Das Gremium einigt sich schließlich einstimmig darauf, auf der versiegelten Fläche vor den Hausnummern 16/18 Baumschutzbügel einbauen zu lassen und auf der unversiegelten Fläche vor Hausnummer 9 zum Schutz des Baumes Findlinge zu platzieren. Hierfür werden bis zu 2.500 € aus dem Stadtteilbudget bereitgestellt.<sup>11</sup>

### **TOP 9: Tempo-30-Piktogramm Dijonstraße (Stadtteilbudget)**

Herr Möller teilt mit, dass dieses Gremium in seiner Sitzung am 11.06.2025 einstimmig die Anbringung eines Tempo-30-Piktogramms in der Dijonstraße verabschiedet habe.<sup>12</sup> Für die Umsetzung der Maßnahme sei eine Finanzierung aus dem Stadtteilbudget erforderlich – Kostenhöhe etwa 445 € brutto.<sup>13</sup> Das ASV habe auf unsere Nachfrage hin mitgeteilt, dass das Piktogramm auch vor der Einmündung in die Wörther Straße angebracht werden könne, wie von der Bürgerin angeregt.

Der Fachausschuss beschließt einstimmig, aus seinem Stadtteilbudget etwa 445 € für die Anbringung eines Tempo-30-Piktogramms in der Dijonstraße zur Verfügung zu stellen. Anders als in dem Lageplan der Anlage 8 dargestellt, soll das Piktogramm vor der Einmündung in die Wörther Straße angebracht werden.

### **TOP 10: Versetzen von 2 Verkehrszeichen in der Kulenkampffallee/ Biermannstraße (Stadtteilbudget)**

Ralf Möller verweist auf ein Anliegen, welches in der Verkehrsausschusssitzung am 07.05.2025 bereits vom Gremium befürwortet worden sei.<sup>14</sup> Heute gehe es noch um die Bewilligung von Mitteln aus dem Stadtteilbudget in Höhe von 600 € netto für das Versetzen von zwei Masten.<sup>15</sup>

Der Fachausschuss beschließt einstimmig, aus seinem Stadtteilbudget etwa 720 € brutto für die Maßnahme – wie in der Anlage 9 dargestellt – zur Verfügung zu stellen.

### **TOP 11: Verschiedenes**

Ralf Möller teilt mit, dass eine Anhörung aus dem Hause der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS) zur Änderung der Linienführung der Nachtlinie N3 vorliege, die u.a. durch Schwachhausen verlaufe.<sup>16</sup> Die Veränderung, eine Verlängerung der Linienführung, beziehe sich jedoch auf den Stadtteil Woltmershausen.

Der Fachausschuss nimmt die Anhörung zur Kenntnis.

Ralf Möller kündigt folgende Termine an:

---

<sup>11</sup> Nachrichtlich: Der Umweltbetrieb Bremen (UBB) teilte per E-Mail am 14.11.2025 Folgendes mit: [...] „Der UBB wird keine Baumschutzbügel und auch keine Findlinge einbauen. Baumschutzbügel werden missbräuchlich als Fahrradanhängerbügel genutzt, daher lehnen wir die Installation ab. Findlinge sind sehr leicht zu übersehen und daher eine Gefahr im Verkehrsraum und daher hier nicht vorgesehen.“

Die fachliche Beurteilung der Art des Baumschutzes obliegt dem UBB als Verantwortlicher für den Baumschutz im Auftrag der SUKW.

Der UBB verwendet grundsätzlich nur Baumschutzpoller, da diese aus fachlicher Sicht den geforderten Baumschutz gewährleisten. Selbstverständlich wird beim Einbau darauf geachtet, die Vorgaben der DIN 18920 einzuhalten.“ [...]

<sup>12</sup> Siehe [Protokoll Nr. 15](#).

<sup>13</sup> Die Stellungnahme des ASV ist dem Protokoll als **Anlage 8** angefügt.

<sup>14</sup> Siehe [Protokoll Nr. 14](#) (TOP 4).

<sup>15</sup> Die Kostenkalkulation des ASV ist dem Protokoll als **Anlage 9** angefügt.

<sup>16</sup> Die Unterlagen sind dem Protokoll als **Anlage 10** angefügt.

Donnerstag, 20.11.2025, 19:30 Uhr Nächste Beiratssitzung

Mittwoch, 10.12.2025, 18:30 Uhr Fachausschusssitzung „Verkehr und Sicherheit im Stadtteil“

Sprecher

Vorsitz

Protokoll

Findeisen

Möller

Auras